



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 08.09.2021

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
am Mittwoch, 15. September 2021, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 30.06.2021
2. 21-F-78-0001
Junge Migranten und Umweltschutz
- Antrag der Fraktionen CDU und BLW/ULW/BIG vom 23.08.2021 -

Viele neu zugewanderte junge Menschen sollten motiviert werden, sich für die Natur und für Umweltschutz in ihrer neu gewählten Heimat zu engagieren.

Um die Bindung an Natur und Umwelt und auch das Verständnis für Umweltschutz zu stärken haben einige Wiesbadener Kulturvereine vorgeschlagen, dass die Stadt Flächen bereitstellen könnte, um dort gemeinsam mit Jugendlichen Bäume anzupflanzen, um die Verbundenheit junger Migranten mit ihrer Heimat zu stärken.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen:

1. ob es möglich ist in Zusammenarbeit mit Kulturvereinen und dem Ausländerbeirat entsprechende Projekte ins Leben zu rufen, um junge Wiesbadener Migranten für nachhaltigen Lebensstil begeistern, die Verbundenheit mit ihrer Umwelt in Deutschland bzw. Wiesbaden zu fördern und die Bindung von jungen Migranten an ihren Heimatort stärken.
2. ob es möglich ist von Seiten der Landeshauptstadt Wiesbaden Flächen und Förderung für solche Projekte zur Verfügung zu stellen.

3. 21-F-55-0026

Zäune an der Wiesbadener Volksbank am Faulbrunnenplatz
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 08.09.2021 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Von wem und aus welchem Grund wurde der Außenbereich der Wiesbadener Volksbank am Faulbrunnenplatz umzäunt?
2. Was hat die Umzäunung gekostet?
3. Wann werden die dort aufgestellten Zäune wieder entfernt?

4. 21-F-55-0027

Einnahmen aus dem AfD-Parteitag
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 08.09.2021 -

Entsprechend dem Magistratsbeschluss vom 24.8.2021, wird die rechtsradikale Partei „Alternative für Deutschland“ ihren Bundesparteitag vom 11. bis 12. Dezember im RheinMain CongressCenter veranstalten. Die Mehrheit der Wiesbadener*innen steht für eine weltoffene, diverse Stadtgesellschaft, während die AfD für Ausgrenzung aller steht, die nicht ihrem Menschenbild entsprechen.

Somit steht es der Landeshauptstadt Wiesbaden gut an, die aus der Vermietung erzielten Einnahmen so einzusetzen, dass der durch den Bundesparteitag entstandene Imageschaden gemildert wird.

Der Ausschuss wolle beschließen:

1. Der Ausschuss bekräftigt den Anspruch der Landeshauptstadt Wiesbaden eine weltoffene Stadt zu sein.
2. Der Ausschuss stellt fest, dass der Parteitag der rechtsradikalen "Alternative für Deutschland" in der Landeshauptstadt Wiesbaden nicht willkommen ist.
3. Der Magistrat wird gebeten sicherzustellen:
 - a. Die Einnahmen aus der Vermietung des RheinMain CongressCenters an die AfD, werden im Rahmen einer Spende in Gänze an eine oder mehrere Organisationen der Geflüchtetenhilfe weitergegeben.
 - b. Während des Parteitages der AfD wird die Rathausbeflaggung angepasst. Es sollen die Regenbogenfahnen am Rathaus wehen.
 - c. Mit dem Landesmuseum Kontakt aufzunehmen um dieses ebenfalls mit Regenbogenflaggen zu schmücken.

5. 21-F-55-0028

Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 08.09.2021 -

Zurzeit erleben wir in Afghanistan, wie Menschen auf Grund der Machtübernahme der Taliban Terror, Verfolgung und Unterdrückung durch die neuen Machthaber ausgesetzt sind.

Der 20jährige Militäreinsatz unter deutscher Beteiligung, der bereits eine Vielzahl ziviler Opfer gekostet hat, folgt nun eine unverantwortliche Ignoranz der westlichen Regierungen gegenüber den von den Islamisten verfolgten.

Jeder politisch Verantwortliche muss sich nun fragen lassen, was getan werden kann, um die Menschen aus ihrer Notsituation zu befreien.

Auch die Stadt Wiesbaden muss im Rahmen ihrer Möglichkeiten Hilfe leisten und Menschen die Aufnahme gewähren.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat möge gegenüber der Landes- und Bundesregierung seine Bereitschaft zur zusätzlichen Aufnahme Geflüchteter aus Afghanistan verdeutlichen und auf eine schnelle und unbürokratische Zuweisung zusätzlicher Kontingente bestehen.

Darüber hinaus möge der Magistrat die Ausländerbehörde anweisen, bei der Vergabe von Duldungen zur Ausbildungszwecken oder Aufenthaltserlaubnissen für langjährig Geduldete, die vorhandenen Spielräume zu Gunsten der Betroffenen auszulegen.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der nächsten Sitzung über die erfolgten Aufnahmen zu informieren.

6. 21-F-22-0016

Barrierefreiheit in den Wiesbadener Stadtteilen weiter voranbringen
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 08.09.2021 -

Die Europäische Kommission zeichnet Wiesbaden 2016 mit dem zweiten Platz des Access City Awards aus.¹ Diese Auszeichnung belohnt Städte und ihr Engagement im Bereich Barrierefreiheit. Die Landeshauptstadt hat also gezeigt, dass sie sich stark macht für die Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen in das städtische Leben. Die Barrierefreiheit soll aber nicht nur auf städtischer Ebene gefördert werden, sondern auch in den Ortsbezirken. Ein ehrenamtlicher Barrierebeauftragter oder eine ehrenamtliche Barrierebeauftragte könnte hier als Bindeglied zwischen Politik und den Bürgerinnen und Bürger agieren. Die beauftragte Person könnte sowohl den Ortsbeirat beraten, als auch auf Fragen aus der Bürgerschaft antworten und so das Thema Barrierefreiheit in das Bild der einzelnen Ortsbezirke integrieren. Ein inklusiver Ortsbezirk ist auch ein lebenswerter Bezirk. Von einer solchen Barrierefreiheit profitieren ebenfalls Familien mit kleinen Kindern, die auf den Kinderwagen angewiesen sind.

Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten:

1. die Einführung eines ehrenamtlichen Barrierebeauftragten oder einer ehrenamtlichen Barrierebeauftragten auf Ortsbezirksebene in die Wege zu leiten; diese sollten durch den jeweiligen Ortsbeirat (auf freiwilliger Basis) bestimmt werden und sich insbesondere mit den lokalen Gegebenheiten im Ortsbezirk auskennen.
2. Vorschläge zu entwickeln, welche Aufgaben diese übernehmen könnten (und in Abgrenzung dazu: welche sie nicht übernehmen sollten), sowie mögliche Ansprech- und Kooperationspartner in der Verwaltung für sie vorzuschlagen und beides dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Nach der Implementierung der Barrierebeauftragten in den Ortsbeiräten dafür zu werben, damit diese auch jeweils tatsächlich eine Person benennen.

7. 21-F-77-0001

Beitritt zum WHO-Netzwerk „Age-friendly City“
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke und Volt vom 17.08.2021 -

Der demografische Wandel ist in Wiesbaden längst angekommen. Aktuell sind 20 Prozent der Wiesbadener:innen über 65 Jahre alt. Die kommunale Senior:innenpolitik steht in den nächsten Jahren angesichts des sozialen und demographischen Strukturwandels vor großen Herausforderungen.

¹https://www.wiesbaden.de/medien/rathausnachrichten/PM_Zielseite.php?showpm=true&pmurl=https://www.wiesbaden.de/guiapplications/newsdesk/publications/Landeshauptstadt_Wiesbaden/141010100000262312.php (Stand: 8. September 2021)

Die Sozialverwaltung und die freien Träger leisten seit Jahren gute Arbeit und stellen vielfältige Angebote für ältere Menschen zur Verfügung.

Der Beitritt zum WHO-Netzwerk „Age-friendly City“ eröffnet die Chance, die Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten älterer Menschen auszuweiten und zu stärken. Durch einen Beitritt verpflichten sich die Mitgliederstädte, den Bedürfnissen älterer Menschen erhöhte Aufmerksamkeit zu schenken. Das Konzept „Aktiv Altern“ der WHO mit seinen Rahmenbedingungen bildet dafür die Basis.

Im Fokus dieses Netzwerkes stehen u.a. die Gestaltung einer altengerechten und barrierefreien Stadt, beispielsweise im Hinblick auf Quartiersgestaltung, Mobilität, digitale Teilhabe, Gesundheitsprävention, selbstbestimmte Wohn- und Pflegeformen sowie Armutsprävention. Hierbei werden bestehende Angebote vor Ort in das Netzwerk eingebunden und bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Bisher haben sich weltweit über 1.100 Städte und Gemeinden in 44 Ländern in dem Netzwerk zusammengeschlossen. Durch die Nutzbarmachung von „Best-Practice-Projekten“ und den Austausch zwischen den Kommunen profitieren alle Akteur:innen gegenseitig von bewährten Praxisprojekten.

Auch Wiesbaden soll Teil dieses Netzwerkes werden, um für Senior:innen ein Zeichen zu setzen und diese aktiver in den Prozess der Weiterentwicklung einer altersgerechten Stadt einzubinden und diesen als Querschnittsaufgabe aller Dezernate weiter voranzutreiben.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. die Voraussetzung für einen Beitritt zum WHO-Netzwerk „Age-friendly City“ zu schaffen und dem Netzwerk beizutreten,
2. für die Koordination des Netzwerkes vornehmlich bestehende Wiesbadener Netzwerke in der Bildungsarbeit mit älteren Menschen auszuwählen,
3. als erste Maßnahmen in den Handlungsfeldern des Netzwerkes die Themen Altersarmut und digitale Teilhabe zu initiieren und
4. dem Ausschuss im Rahmen der Dezembersitzung 2021 sowie dem Senior:innenbeirat einen kurzen Bericht zu den Umsetzungsschritten vorzulegen, insbesondere mit Blick auf die Kosten der Koordination des Netzwerkes.

8. 21-A-79-0005

ANLAGE

Berücksichtigung der Bedarfe von Jugendlichen in Neubaugebieten
- Antrag des Jugendhilfeausschusses vom 05.07.2021 -

9. 21-A-79-0002

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

10. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. **14-F-33-0072** **DL 30/21-1**

Kooperationsprojekt HaLT!
- *Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014 -*
- *Bericht des Dezernates II vom 24.06.2021 -*

2. **21-F-22-0012** **DL 33/21-2**

Ausbau des Kinderspielplatzes Siegfried-Kunze-Weg (Am Wald)
- *Ersetzungsantrag der Fraktionen CDU und FDP zu TOP 5/1 (21-F-55-0012) vom 29.06.2021 -*
- *Bericht des Dezernates V vom 19.08.2021 -*

3. **21-F-61-0001** **DL 30/21-3**

Öffentlich zugängliche Spielplätze in Housing Areas
- *Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis90/Die Grünen, SPD, FDP und Volt vom 05.05.2021 -*
- *Bericht des Dezernates I vom 30.06.2021 -*

4. **21-F-75-0001** **DL 33/21-3**

Corona bedingtes Angebot für Kinder und Jugendliche
- *Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FDP, Die Linke, Volt und BLW/ULW/BIG zu TO I TOP 6 der Stadtverordnetenversammlung am 15.07.2021 -*
- *Bericht des Dezernates VI vom 24.08.2021 -*

5. **21-V-05-0022** **DL 33/21**

Finanzierung des kostenlosen Busfahrens für Kinder in den Sommerferien 2021

- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 14.09.2021 -*

6. **21-V-20-0039** **DL 33/21-15**

Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.08.2021

7. 21-V-51-0013 DL 33/21

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, zusätzliche Elementarplätze in der Kindertagesstätte Stauerland, Obermayr Krippe & Kindergarten gGmbH

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 14.09.2021 -

8. 21-V-51-0037 DL 31/21-9

Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2020/21

9. 21-V-51-0041 DL 31/21-10

Bericht "Ältere Menschen in Wiesbaden 2020. Entwicklungen, Bedarfe und Angebote"

10. 21-V-51-0045 DL 31/21-11

Bericht "Nachmittagsangebote Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschul Kinder -
Schuljahr 2020/21"

11. 21-V-51-0048 DL 33/21-21

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90, Grundsatzvorlage Kindertagesstätte
Kohlheckschule in Dotzheim

12. 21-V-67-0009 DL 30/21-19

Kinderspielplatzprogramm Wiesbaden 2020/2021

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der
Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten
Vorsitzender